



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Freund, Friedrich: Das Haus an der Grenze

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Das Haus an der Grenze

Von Dr. Friedrich Freund

Es ist eine bekannte Tatsache, daß gewisse Führer unserer Politik im Quadrate der Entfernung vom Schützengraben größer werden, bis sie sich unter dem schützenden Himmel der Reichshauptstadt zur Auffälligkeit auswachsen. Geht man den Weg zurück, nachdem man sich durch den politischen Straßenstaub Schildas hindurchgeschlagen hat, so fühlt man, je mehr man sich der Grenze und der Front nähert, daß Sachlichkeit, Erkenntnis des Notwendigen, Entschlossenheit zur Erfüllung der Tagesforderung wachsen bis zum Opfer des eigenen Blutes. Diesem Spannungsunterschied zwischen Wort und Tat entsprechen die Ereignisse. Politische Verwirrung und lärmendes Getümmel im Innern, aber eiserne Ruhe und kraftvolle Leistung an den Grenzen. Es ist begreiflich, daß da ein gegenseitiges Verstehen schwer ist. Die Tat unserer Verteidiger verflüchtigt sich im Innern zur politischen Doktrin. In höchster Not hilft nicht die Doktrin, sondern die befreiende Tat. „Ich habe nie nach Grundsätzen gehandelt“, sagte Bismarck von seiner Politik. Wieviel weniger hat er Doktrinen geschätzt. In Schilda aber sucht man nach der besten Theorie, nach der man den Weltbrand löschen könnte. In den Hirngespinnsten seiner aufgestörten Politikaster ist auch nicht ein Feind hängen geblieben. Kein Wunder, daß das Volk an der Grenze sich dahinter nicht sicher fühlt. Hier braucht man Männer, hier verlangt man sichtbaren, handgreiflichen Schutz vor dem Feind, den jetzt Mut und Blut unserer Besten vom deutschen Land fernhält. Ob uns die Klugheit der Abberiten vor ihm bewahren könnte?

Man hat den Frieden im Osten einen Großagrarierfrieden genannt und von „schwerindustriellen“ Kriegszielen im Westen gesprochen. Streichen wir das „groß“ und „schwer“, so entnehmen wir dem Schlagwort einen zwar nicht beachteten, doch wertvollen Sinn. Dann lautet der Satz: „Schutz für unsere Ernährung im Osten, Sicherung unserer gewerblichen Arbeit im Westen.“ Der Friedensschluß im Osten bedeutet tatsächlich eine Ausbreitung unserer Landwirtschaft, eine Fürsorge für die Ernährung unseres Volkes. Der Friede im Osten ist ein Brotfrieden. Wenn er auch auf dem Programm der sogenannten „Großagrierer“ gestanden hat, so werden seine Folgen für unsere Volkswirtschaft nicht weniger günstig sein. Sollten die „schwerindustriellen“ Kriegsziele im Westen ebenso vorteilhaft für unser durch unerhörte Kriegsoffer geschwächtes Volk sein, dann werden wir dem Schlagwörtler der Hezpresse für seine Bemühungen dankbar sein müssen.

Es hat einen tieferen Sinn, die Kriegsziele im Osten agrarische, die im Westen industrielle zu nennen. Es prägt sich in dieser Fassung die ökonomische Stellung Deutschlands zu Europa und zum Weltmarkt aus. Wir liegen in der Mitte des überwiegend industriellen Westens und des agrarischen Ostens Europas,

dem müssen die Folgen einer größeren Machstellung Deutschlands entsprechen. Es sind die ganz natürlichen Folgen eines günstigen Friedens mit unserem Nachbarn, daß wir im Osten eine Erweiterung unserer Landwirtschaft, im Westen eine Förderung unserer Industriewirtschaft erwarten dürfen. Aber auch der Frieden mit der weiteren Nachbarschaft jenseits des Kanals kann natürlicherweise besonders günstige Folgen für unsere Industrie haben, denn er betrifft den Weltmarkt, an dem wir wegen der Zufuhr von Rohstoffen und Nahrungsmitteln einerseits und wegen des Abzuges unserer industriellen Erzeugnisse andererseits den größten Anteil nehmen. Man kann demgemäß die Kriegsziele im Westen zweifellos industrielle Kriegsziele nennen, ohne sie damit in den Berruf der Interessenpolitik zu bringen.

Unsere Industrie, insbesondere die Eisen-, Kohlen- und Kali-Industrie, widmet aber der Regelung der Grenzstreitigkeiten mit dem westlichen Nachbarn ganz besondere Aufmerksamkeit. Die Kämpfer von Verdun, die in monatelangen, immer wiederholten Anstürmen die weithin herrschende Feste berannten, wußten, um was es sich handelte. Wenn wir hinter uns sahen, dann blickten wir in das deutsche Vaterland hinein, das sich zu unseren Füßen weithin mit Dörfern und Städten ausbreitete. Aus hunderten von Schloten, Essen und Ofen quoll der Rauch des Schmiedefeuers empor, an dem die Lothringer Industrie für unsere eiserne Rüstung tätig war. So nahe waren Front und Heimat einander! Wie mag der Franzose dieses weite und doch so nahe Land betrachtet haben? Vier Jahrzehnte lang hat er danach gefiebert, bis er im letzten Wahne danach gegriffen hat. Er hat die Hand blutig zurückgezogen. — Es ist in der Tagespresse vielfach übersehen worden, daß die Eisenindustrie, deren größtes Erzrevier unmittelbar an der Grenze liegt, daß die Kali-Industrie, deren Monopol durch den Verlust der oberelsässischen Lager durchbrochen würde, daß die Kohlen-Industrie, die das Saarbecken als Gefahrzone betrachten muß, an der Festsicherung der Westgrenze unmittelbar beteiligt sind. Leider liegen die Hochöfen der Hespresse so fern vom Schuß, sonst würde sich vielleicht bei den Inhabern mehr Verständnis für die Hochöfen der Eisenindustrie finden, die unter den Mündungen der Kanonen von Verdun liegen. Es ist selbstverständlich, daß der Grenzbewohner mehr danach fragt, was an seinem Baun vor sich geht, als der ferne Reichshauptstädter, der vielleicht kaum eine rechte Vorstellung von dem Grenzgebiet hat.

Dieselben Lebensnotwendigkeiten werden berührt, wenn die belgische Frage erörtert wird. Die niederrheinischen und westfälischen Hütten und Zechen und tausende von verarbeitenden Betrieben, die in der Gefahrzone des belgisch-englischen Hinterhaltes liegen, könnten es nicht gleichgültig mit ansehen, wenn in der Reichshauptstadt über ihr Schicksal, ohne sie zu hören, beschlossen werden würde. Nehmen wir schließlich unser drittes großes Eisen- und Kohlen-Revier, das ober-schlesische, so braucht man sich auch hier nur seine Lage vor Augen zu führen um einzusehen, daß die Eisen- und Kohlen-Industrie dieses Bezirkes den größten Anteil an der Regelung der polnischen Frage nehmen muß.

Wer die Tage von Büttich in der Gegend von Aachen bis Duisburg, wer die Tage der Lothringer Schlacht in Diedenhofen und Saarbrücken, wer den Ausbruch des Krieges und den Rückzug Hindenburgs 1915 in Rattowitz, Beuthen, der Königshütte miterlebt hat, der weiß, daß hier die aus der unmittelbaren Gefahrzone erwachsende Erregung zu Hause war. Es heißt also, gefährdete Kreise unseres Volkes bloßstellen und preisgeben, wenn wir ihre berechtigten Wünsche nach Grenzsicherung der billigen Verbezug überlassen.

Wie wenig sich so mancher Führer dieser Verantwortung bewußt ist, mag das folgende Beispiel lehren. Der sozialdemokratische Abgeordnete Hue schreibt angefaßt der Erkundung der 120 Kilometer weit reichenden Langkanonen in der Essener Arbeiter-Zeitung vom 4. April: „Dieses neue Geschütz lehrt uns sehr eindringlich, daß die Völker die Schlagtopolitik nun überwinden, ihr Verhältnis zueinander nicht mehr von dem Schwert bestimmen lassen.“ Man stelle sich vor, daß diese Weisheit unserem Generalstab zur Beurteilung vorgelegt würde, und

man hätte die lächerlichste Situation vor Augen, wenn es sich nicht um eine bitter-ernste Entscheidung handelte. „Es ist ein Geschütz erfunden worden, dessen Reichweite 120 Kilometer beträgt, also dürfen wir nicht mehr an Grenzsicherung denken.“ So kann nur derjenige folgern, der außerhalb der Reichweite dieser Kanonen sitzt.

Wie unmittelbar die Eisenindustrie von dem Friedensschluß an der Westgrenze betroffen wird und gefährdet werden kann, zeigt der Friedensschluß 1871*). Der damalige Entwurf des Generalstabes für die neue Grenzführung hatte sich einfach an die Grenze des Bezirks Diedenhofen gehalten, ohne sich darum zu kümmern, daß auf diese Weise das lothringische Erzgebiet durchschnitten und der größte wertvollere Teil bei Frankreich belassen wurde. Die deutsche Eisenindustrie an der Saar, die ihre Rohstoffe von dort her bezog, wurde dadurch schwer bedroht. Heute wissen wir, daß es nicht nur die Eisenindustrie an der Saar war, sondern die ganze rheinisch-westfälische Eisenindustrie, deren Entwicklung damals auf dem Spiel stand: denn heute holen wir aus Lothringen 80 Prozent unserer deutschen Förderung an Eisenerzen heraus. Die betroffenen meldeten sich mit dringenden Vorstellungen bei Bismarck, damit das gesamte Erzbecken für Deutschland erworben werde. Erst durch diese Beschwerden der interessierten Fabrikanten scheint Bismarck von dieser Lebensfrage in Kenntnis gesetzt zu sein. Eine Denkschrift, die der Leiter der preußischen Bergakademie und später der Geologischen Landesanstalt, der Bergrat Wilhelm Hauchecorne, betreffs „der Einverleibung der Erzlagerstätten“ an die Reichsleitung gerichtet hatte, war auf dem Dienstwege stecken und ohne jede Wirkung geblieben. Die „Interessenpolitik“ der deutschen Eisenhüttenleute hat, wie ersichtlich, dem deutschen Volke unerschöpfliche Vorteile gebracht, denn ohne Eisen wäre der industrielle Aufschwung der deutschen Wirtschaft in den letzten Jahrzehnten nicht möglich gewesen. Schon damals war es gefährlich, alles Heil von der diplomatischen Bürokratie zu erwarten. Hier hat der Grenzbewohner das erste Recht, mitzusprechen. Es ist bezeichnend, daß das Gutachten Hauchecornes nur in der französischen Literatur bekannt ist, da es mit anderen Akten der Manteuffelschen Verwaltung in Nancy liegen geblieben und dem dortigen Archiv einverleibt worden ist.

Nachdem Bismarck erkannt hatte, was auf dem Spiele stand, beschloß er, sofort das Veräumte nachzuholen. Zu diesem Zweck entsandte er Hauchecorne als Bevollmächtigten für die Grenzregulierung nach Brüssel, wo der energische Mann die deutschen Interessen entschieden vertrat. Doch mußte Bismarck noch einmal eingreifen, da die Franzosen sich bei der Abtretung der Erzfelder hartnäckig widersetzen. Abgesehen von Villerupt und Thiel, an denen der damalige französische Unterhändler Hauptteilhaber war, gelang es, das gesamte wertvolle Erzgebiet von Kelingen bis Moyoeuvre gegen den Grenzstreifen bei Belfort einzutauschen.

Einen ärgerlichen Zufall muß man es nennen, daß damals die Lage und Ausdehnung des Erzbeckens noch nicht genügend geklärt war, so daß der größere Teil des Beckens, die Erzlager von Briey, Longwy, Crusnes und Nancy bei Frankreich blieb. Erst in den neunziger Jahren sind sie entdeckt und seit dieser Zeit in größerem Umfange ausgebeutet worden. Wir hätten heute den Streit nicht, denn Bismarck hätte, wenn er davon Kenntnis gehabt hätte, die Entscheidung sicher übernommen. Wiederum ist es der Leiter der Preussischen Geologischen Landesanstalt, heute der Geheim Oberbergrat Beyerslag, der zusammen mit seinem Abteilungsdirigenten, Geheimen Bergrat Krusch, in einem ausführlichen Gutachten**) über die deutsche Eisenerzversorgung der Regierung die Fürsorge für unsere größte Industrie dringend nahelegt. Wiederum sind es die Interessenten der deutschen

*) J. Galler „Bismarcks Friedensschluß“. München 1917.

**) „Deutschlands künftige Versorgung mit Eisen- und Manganerzen.“ Als Handschrift gedruckt. Berlin 1917.

Eisenindustrie, die in einer Denkschrift*) die Wiedereinverleibung des gesamten lothringischen Erzgebietes fordern. Der Unterschied gegenüber der Lage von 1871 besteht nur darin, daß der Entwurf des Generalstabes betreffs der Grenzregulierung noch nicht vorliegt. Wieder drängen wirtschaftliche Notwendigkeiten nach einer tatkräftigen Lösung. Seitdem es der deutschen Öffentlichkeit zum Bewußtsein gekommen ist, daß es sich hier um die Erhaltung der deutschen Wirtschaftskraft handelt, mehren sich die Stimmen, die unsere Vertreter bei Friedensschluß auf diese wichtige Aufgabe hinweisen. So fordert der Christliche Metallarbeiterverband die Abtretung des Erzbeckens von Briey und Longwy mit den Worten: „Ein Glück ist es, daß wir in Briey und Longwy ein Gebiet besetzt haben, in dem wir wenigstens hinsichtlich der Erzversorgung unbesorgt sein können. Im Interesse der deutschen Arbeiterschaft und des Blühens der deutschen Industrie ist es notwendig, daß dieses Gebiet bei Deutschland bleibt, um auch die Pläne unserer Gegner wenigstens zum Teil zunichte zu machen.**)

Eine vertragliche Sicherung unserer Erzversorgung mit Frankreich zu erreichen, hält Professor Gothein, dem die Akten der französischen Verwaltungsschikane vorliegen, für aussichtslos und erhebt in der „Vossischen Zeitung“ vom 5. bis 7. Februar ebenfalls die Forderung nach der Abtretung des französischen Teiles des Lothringer Eisenerzbeckens.

Unsere Unterhändler werden also diesmal bei weitem besser unterrichtet zu den Friedensverhandlungen mit Frankreich gehen. Daß unser Generalstab, der die Lage von Verdun noch nicht vergessen hat, die strategische Sicherung nicht vernachlässigen wird, steht außer Zweifel. Die „offenen Planken“ sollen unsere Nachbarn nicht wieder verlocken. Wir wollen Frankreich nicht mehr durch den aufreizenden Anblick unserer blühenden Industriebezirke an der Grenze stören.



Die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Spanien und Deutschland und ihre Entwicklungsmöglichkeiten nach dem Kriege

Von Professor Dr. H. Großmann



Das Königreich Spanien gehört bekanntlich zu den wenigen Ländern, die durch den Weltkrieg in ihrer wirtschaftlichen Entwicklung, wenn man von einzelnen Gewerben absieht, die, wie in anderen Ländern, unter Rohstoffmangel zu leiden hatten, nicht nur nicht geschädigt, sondern sogar recht erheblich gefördert worden sind. Ja, man darf sogar mit einer gewissen Berechtigung sagen, daß das spanische Wirtschaftsleben als Ganzes betrachtet, nach fast vier Kriegsjahren eine für die Zeit nach dem Kriege ganz besonders ins Gewicht fallende innere Stärkung erfahren hat. Dazu hat nicht zum wenigsten die kluge Neutralitätspolitik der spanischen Regierung beigetragen, die selbst ungeachtet weitverbreiteter kultureller Sympathien, die besonders in einzelnen führenden Kreisen der spanischen Intelligenz und der Industrie von jeher für die Ententeländer und besonders für Frankreich

*) „Zur Wiedereinverleibung der französisch-lothringischen Eisenerzbecken in das deutsche Reichsgebiet“, Denkschrift der Reichs- und Heeresleitung überreicht vom Verein Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller und Verein deutscher Eisenhüttenleute.

***) „Der Metallarbeiter“ vom 2. März 1918.